

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 18. August 1896.

№ 96.

## Bekanntmachung.

Nachdem die Generalversammlung des Verbandes in reiflicher Erwägung der obwaltenden Verhältnisse die einzuschlagenden Wege für die nächste Zeit vorgezeichnet hat, muß der Vorstand unter allen Umständen darauf halten, daß im Interesse der Organisation die gefassten Beschlüsse Beachtung finden.

Die von einigen Mitgliedern in Leipzig ausgehende Bekämpfung der Beschlüsse unserer höchsten Behörde hat ihren Höhepunkt durch Herausgabe eines Organs erreicht, das keinen andern Zweck haben kann, als eine Zersplitterung des Verbandes herbeizuführen. Dieses aller Disziplin hohnsprechende Vorgehen veranlaßt den Vorstand zu energischen Maßregeln. In Rücksicht auf die tiefgehenden Schädigungen, welche durch eine solche sinnlose Agitation zweifellos hervorgerufen werden, sehen wir uns gezwungen, gegen die bei der Herausgabe des Zersplitterungsorgans beteiligten Mitglieder auf Grund § 5 Abs. b vorzugehen, da wir nicht gewillt sind, unsere Organisation zum Spielballe persönlicher Bestrebungen werden zu lassen.

An alle Mitglieder, welchen das Wohl unsers Verbandes am Herzen liegt, richten wir die Bitte, den Vorstand in seinem pflichtgemäßen Wirken für Durchführung der gefassten Beschlüsse zu unterstützen und den Bemühungen der Gegner auf systematische Zerstörung unsers Gewerkschafts energisch entgegenzutreten.

Berlin, den 15. August 1896.

Der Vorstandsvorstand.

## Sind wir Hirsch-Dunderianer?

Unter den vielen Verdächtigungen und Anschuldigungen, die in letzter Zeit gegen uns gerichtet worden, gehört die Bezeichnung, daß der Zentralvorstand Hirsch-Dunderisch gefinnt sei und sein Anhang aus Hirsch-Dunderianern bestehe, noch zu den anständigeren Kampfmitteln der Opponenten der Tarifgemeinschaft, und da die Ursache dieser Beschuldigung in der Hauptsache wohl auf Irrtümer und mangelhafte Sachkenntnis zurückzuführen ist, so lohnt es sich der Mühe, dem entgegenzutreten.

Originell ist der Vorwurf keineswegs, neu an ihm nur, daß er diesmal aus dem eignen Lager ertönt. In Parteikreisen und in denen der in sogenannten Fachvereinen organisierten Arbeiterschaft schätzt man die betreffende Bezeichnung neben dem „Königl. Preussischen Gewerksverein“ als eine scharfe geistige Waffe im Kampfe gegen uns „reaktionäre“ Buchdrucker. Bei jeder Gelegenheit, wo es den Buchdruckern einfällt, den Verhältnissen entsprechend praktisch zu handeln, heißt es in der Partei wie in der Fachvereinspresse, in der Volks- wie in der Gewerkschaftsversammlung der „vorgeschnittenen“ Arbeiter: „Da steht, die Hirsch-Dunderianer!“ Die große Masse, wenig geneigt, derartige Aussprüche auf ihren Wert oder Unwert zu prüfen, zumal sie häufig von „Autoritäten“ herrühren, haben nichts Eiligeres zu thun als die „Thatsache“ nachzuplaudern und weiter zu verbreiten: „Die Buchdrucker sind Hirsch-Dunderisch organisiert!“ Den Kollegen am Kasten und an der Maschine wird es so oft zugerufen, er liebt es so häufig, daß er zu zweifeln anfängt und im Geiste den Verband zu den deutsch-freisinnigen Gewerkschaften wirft.

Es erscheint mir dieserhalb mehr wie irgendwo angebracht, gegen derartige Insinuationen zu protestieren und denen, die mit derartigen Schlagworten fortgesetzt umherwerfen, die Haltlosigkeit derselben nachzuweisen.

Schon die Entstehungsgeschichte der in Frage stehenden Gewerksvereine, des Hirsch-Dunderschen und des Buchdruckerverbandes, ist für die Verschiedenheit ihres Wesens bezeichnend. Während die erstgenannten Verbände ihr Dasein einigen Agitatoren der damaligen Fortschrittspartei verdanken, bedurfte die Gründung unsers Verbandes keines Anstoßes von außen, er entstand aus eignen Interessen. Während der Gründungszweck der Hirsch-Dunderschen Verbände ein durchaus politischer war, berechnet, den sozial-demokratischen Arbeitervereinen den Boden abzugewinnen und die Arbeiter der Fortschrittspartei dienstbar zu machen, ist der Zweck unsrer Organisation von Anfang an, politische Bestrebungen ausschließend und sie dort hinweisend wo sie hingehören, auf die Erringung besserer Arbeitsbedingungen gerichtet, seine ersten Lebenszeichen waren Kämpfe mit dem Unternehmertume. Bei den Hirsch-Dunderianern bestand und besteht zum Teile noch das Unterstützungswejen hauptsächlich in der Auszahlung eines Kranken- und Begräbnisgeldes, die Arbeitslosenunterstützung war nur in wenigen Ortsvereinen und nur in geringem Maße zu finden, überhaupt betrachtete man diese Institutionen eben nur als praktische Mittel, dem Umfichgreifen sozialistischer Ideen in der Arbeiterschaft entgegen zu wirken; wie anders bei uns, wo die Arbeitslosen- und Streikunterstützung seit langem allgemein eingeführt ist, wo diese lediglich das Rückgrat zum rüstigen Vorwärtsschreiten bilden und wo die Gründung aller Rassenzweige stets in den Gedanken ausläuft: Besserstellung unsrer Mitglieder in wirtschaftlicher Beziehung durch Erzielung möglichst hoher Entlohnung bei entsprechend kurzer Arbeitszeit.

Wie die beiden Verbände im Anfange zu einander standen, so haben sie sich weiter entwickelt; die Hirsch-Dunderschen Vereine haben, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, ja auch manches verbessert und reformiert, jedoch ohne daß der Unterschied zwischen ihnen und dem Buchdruckerverband ein geringerer geworden ist; die beiderseitigen Positionen sind so verschiedene, daß Mißdeutungen eigentlich aus-

geschlossen sein sollten. — Vor mir liegt das Statut des Gewerksvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter, eines der kräftigsten Zweige des deutsch-freisinnigen Stammes. Eine Gegenüberstellung des § 1 zu dem unsers Verbandsstatuts dürfte für die Leser von Interesse sein. Wie bei uns handelt der betreffende Paragraph vom Zwecke der Organisation.

Der Gewerksverein der Deutschen Maschinenbau- u. Metallarbeiter bezweckt den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf gesetzlichem Wege.

Dieser Zweck soll hauptsächlich erreicht werden:

1. Durch Unterstützung in Krankheits-, Sterbe- und Invaliditätsfällen;
2. durch Gewährung von Rechtsschutz und Vertretung der Mitglieder;
3. durch die Arbeitsvermittlung für die Mitglieder;
4. durch Beförderung der allgemeinen Bildung und des gewerblichen Unterrichts.
5. durch Unterstützung der Mitglieder bei Arbeitslosigkeit und in außerordentlichen Notfällen nach den Vorschriften des betr. Reglements;
6. durch Zugehörigkeit zum Verbands der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunderianer).

Wie die Arbeitslosen-Unterstützung in unsern Verbänden geregelt, das ist allen Mitgliedern bekannt, es handelt sich also darum, wie in dem Reglement des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins die Sache gehandhabt wird. Des Knappen Raumes wegen, der mir zur Verfügung steht, muß ich mich auf die Wiedergabe einiger Sachen beschränken, die ein eigentümliches Licht auf den „Gewerksverein“ werfen.

d) Mitglieder, welche infolge von Maßregelung oder Aussperrung arbeitslos sind, erhalten, wenn Ausschuß, Ortsversammlung und Generatrat die Berechtigung anerkennen, vom ersten Tag ab ein Hilfs-geld usw.

Unter Maßregelung wird verstanden, wenn ein Mitglied aus der Arbeit entlassen wird, weil es unsrer Organisation angehört, oder weil es im öffentlichen Leben andere Ansichten vertritt als es dem Arbeitgeber beliebt, oder bei eventuellen Wahlen, seien es kommunal- oder staatliche Wahlen, anders wählt als der Arbeitgeber glaubt fordern zu können.

Beim Vergleiche des § 1 tritt es klar zu Tage, wie verschieden der Charakter der beiden Organisationen ist. Es bedarf da kaum eines Kommentars; deutlich sieht man beim Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, wie seine Unterstützungsstellen der Zweck sind, der Zweck, seine Mitglieder, durch Hilfeleistung in Notlagen, über die Ungleichheiten wirtschaftlicher Zustände hinwegzutauschen, wohingegen sich bei uns die Schaffung besserer Existenzbedingungen den Mitgliedern als allererste Aufgabe

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat zum Zwecke die Vertretung der gewerblichen sowie Förderung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen. Zur Erreichung dieses Zweckes dienen insbesondere:

- a) Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege.
- b) Strenge Durchführung und Aufrechterhaltung der vom Vorstande des Verbandes als maßgebend anerkannten Bestimmungen in Bezug auf Arbeitspreis und Arbeitszeit.
- c) Pflege des geselligen Verkehrs.
- d) Errichtung von Arbeitsnachweisen.
- e) Regelung und Beaufsichtigung des Herbergswezens.
- f) Pflege der Berufsstatistik.
- g) Gewährung von unentgeltlichem Rechtsschutz.
- h) Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und bei vorübergehender und dauernder Arbeitsunfähigkeit.

des Gewerkschaftsvereins präsentiert und alles Klassenwesen von A bis Z lediglich als Mittel zu diesem Zwecke betrachtet werden muß. Eine Unterstützung bei Streiks usw. ist auch in den hier nicht abgedruckten Bestimmungen des Reglements der Hirsch-Dunderschen Vereine nicht zu finden. Es ist geradezu köstlich zu hören, was als Maßregelung angesehen wird. Die Zugehörigkeit zu einem „liberalen“ Gewerkschaftsverein, einem Kinde des industriellen Unternehmertums, sollte eine solche herbeizurufen? O sancta simplicitas! — Ei, wird nun mancher sagen, bei Reichstags- oder Kommunalwahlen usw., wenn die Arbeitslosigkeit eine Folge der Ueberzeugungsstreue und politischen Gesinnungsstüchtigkeit des Betroffenen ist, da gilt dieses als Grund, die Arbeitslosenunterstützung zu erhalten! Ja, lieber Kollege, wenn er freisinnig oder ähnlich wählt und er wird deshalb entlassen, dann natürlich wird er auch von dem freisinnigen Gewerkschaftsverein unterstützt, der sozialdemokratische Wähler aber ist davon ausgeschlossen, denn jeder in einem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsverein Aufzunehmende hat folgenden Revers zu unterzeichnen.

Nach Kenntnisnahme erkläre ich mich mit dem vorstehenden Statut einverstanden, verachte dasselbe, sowie die Beschlüsse der Generalversammlung für mich als bindend und erkläre noch besonders, weder Mitglied noch Anhänger der Sozialdemokratie zu sein.

Dieser Revers, der die Angehörigen einer großen politischen Partei von den „Segnungen“ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereine ausschließt, er stempelt diese zu politischen Verbänden. Es hieße denselben zu viel Aufmerksamkeit erweisen, wollte man sich noch weiter mit ihnen beschäftigen. Das eine glaube ich nachgewiesen zu haben, Hirsch-Dundersch sind weder der Verband noch seine Leitung, letztere steht nach wie vor auf dem Boden unserer Statuts und wenn sie es vorzieht, friedlichen Vereinbarungen, wie in der jetzigen Bewegung, den Vorzug zu geben, so können wir ihr ob dieser besonnenen Handlungsweise nur Dank wissen. Das Prinzip bleibt die Verbesserung unserer Lage, wenn's nicht friedlich zu lösen geht, werden wir auch vor Streiks usw. nicht zurückweichen. In Hinblick auf den Revers der Hirsch-Dunderschen Vereine möchte ich noch einige Worte betreffs Stellung unsers Verbandes zur Politik sagen.

Mit Recht heißt es in unserm Statut: „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“; wir sehen ja gerade bei den vorerwähnten Vereinen, daß ein Hineinziehen der Politik in die Gewerkschaftsorganisation dieselbe ihres eigentlichen Charakters entkleidet, und wir könnten mit Leichtigkeit ein gleiches bei den sozialdemokratischen Fachvereinen nachweisen. Ein Gewerkschaftsverein sollte einzig und allein den in unserm Verbandsstatut ausgesprochenen Bestrebungen dienen. Hier ist der Ort, wo sich die Angehörigen eines Gewerkschafts zusammenfinden sollen, unbeschadet ihrer politischen oder religiösen Gesinnung, zur Beratung ihrer allernächsten Interessen und Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Es mag ja zugegeben werden, daß ein großer Teil der Buchdrucker aus Anhängern der sozialdemokratischen Partei bzw. sozialistischer Ideen besteht, ein anderer nur durch die gehässigen Angriffe einzelner Parteigenossen der Sache abgewendet wird, aber es bleibt immer noch eine Zahl Mitglieder zu berücksichtigen, die eben in politischer Beziehung ihre eigenen Ansichten haben, und da wir ein Gewerkschaftsverein sind und nichts anderes sein wollen, so sind uns auch diese Kollegen hochwillkommen, insofern sie ja in wirtschaftlicher Beziehung genau wissen, wo uns der Schuh drückt. Die sozialdemokratische Partei hat aus ähnlichen Motiven die Religion als Privatsache erklärt, hat also am wenigsten Ursache, uns Vorhaltungen zu machen. Eine Gewerkschaftsorganisation kann und darf nicht die weiten Ziele einer politischen Partei in sich aufnehmen, sie hat mit nachfolgenden Dingen auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse zu rechnen und ich wünsche im Interesse einer geordneten Entwicklung der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter, es hieße überall: „Hinaus mit der Politik aus den Gewerkschaften!“

Praktische Zwecke bedingen praktisches Handeln. Hat unser Verband seiner Zeit, der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, sich eine polizeiliche Bevormundung müssen gefallen lassen, wie uns dies unser Freund Ignaz aus der Kapbachstraße wieder rechtlich unter die Nase gerieben hat, so befinden wir uns damit in guter Gesellschaft. Jeder, auch der Mächtigste, muß mit den Verhältnissen rechnen, unter denen er existiert, sogar Herr Auer. Die sozialdemokratische Partei hat sich dem angepaßt, sie ist auch nicht mehr die vor zwanzig Jahren. Auch der Vorwärts, die Ablagerungsstätte Auercher Liebenswürdigkeiten, führt eine andre Sprache als die Freie Presse u. s. f., kurz ein jeder fähigt sich gezwungen „praktisch“ zu handeln, auch wenn er's nicht gern zugibt.

Doch damit genug. Was unser Verein ist, was er sein soll und sein muß, wenn er seine Lebensaufgabe voll und ganz erfüllen will, das möchte ich für einen spätern Aufsatz aufsparen, für heute begnüge ich mich, Kollegen Steinbrück zu zitieren, der in seinem Flugblatt unserm Verein ein Lob ausstellt, welches er bis heute noch verdient: „Wir sind ein guter, echter Gewerkschaftsverein nach Vorbild der englischen Trades Unions und zwar können wir uns den besten der letzteren an die Seite stellen.“ Ich will hinzufügen: Er kann nur ein solcher sein und muß die Politik beiseite lassen, will er sein Programm durchführen oder er wird, wie die Erfahrung lehrt, ein politischer Verein, aus dem das gewerkschaftliche Moment mit der Zeit ganz und gar verschwindet — tertium non datur!

Nachschrift. Aus einer Notiz im Berliner Vorwärts ersehe ich soeben, daß in unserm österreichischen Bruderorgane Herr Kollege Höger dem Gedanken Ausdruck verleiht, der Zentralverband handele konservativ resp. der Großteil der Buchdrucker sei noch konservativer. Hieran möchte ich die Bemerkung knüpfen, daß die „konservative“ Gesinnung manch eines deutschen Kollegen in der jetzigen Bewegung auf das Verhalten der österreichischen Kollegenchaft zurückzuführen ist, die Erfahrungen von 1891, die wir mit den österreichischen Buchdruckern gemacht, haben uns zur größten Vorsicht bei event. Streiks gemahnt.

Berlin.

Albert Wagner.

## Korrespondenzen.

—nn. **Charlottenburg.** „Die fortschreitende Entwicklung im Buchdruckgewerbe“ lautete das Thema, über welches Kollege Raffini am 9. August in einer allgemeinen Buchdrucker-Versammlung in Charlottenburg (Bismarckstraße) referierte. Redner gab zunächst ein übersichtliches Bild über die verschiedenen gewerkschaftlichen Kämpfe, welche besonders in diesem Jahr in Berlin anlässlich der Gewerbeausstellung einen noch nie dagewesenen Umfang angenommen haben. Wie bekannt haben fast alle dieser Gewerkschaften einen nennenswerten Erfolg nicht zu verzeichnen; wo von einem solchen die Rede sein könnte, war es nur ein Augenblickserfolg, der den Arbeitern ebenso schnell wieder entziffen wurde. Den Zimmerern ist es, als die Gewerbeausstellung im Bau begriffen, geglückt, ihren Lohn bis auf eine Mark pro Stunde zu erhöhen; jetzt, wo die günstige Konjunktur wieder vorüber, müssen dieselben Arbeiter zufrieden sein, zu ihrem alten niedrigen Lohnsatz arbeiten zu können. Von den großen Errungenschaften des Maurerstreiks hat man gleichfalls viel gehört. An der Hand des letzten Gewerkschafts-Ausführungsberichts ist jedoch nachzuweisen, daß in der günstigsten Zeit nur etwa 4000 Maurer neun Stunden beschäftigt gewesen sind. Danach müßten noch gegen 20000 zur Hochsaison in Berlin beschäftigte Maurer zehn und mehr Stunden thätig gewesen sein. Zum großen Teile haben die Ausständigen sich bedingungslos ergeben müssen, so beispielsweise die 3000 Klavierarbeiter, von denen der zehnte Teil sogar von dem Unternehmertum ausgeperrt ist, ferner die Futtmacher, die noch über 400 Ausständigen haben, desgleichen die Metallarbeiter usw. usw. und zwar mußten alle Streiks aus dem Grunde verloren gehen, weil die Arbeiter vor Aufstellung ihrer Forderungen sich nicht genügend gerüstet und gepüßt hatten, ob sie auch stark genug, ihre Forderungen zu erzwingen. Wie trübe es in dieser Beziehung in mancher Gewerkschaft aussieht, geht aus einer Notiz des Korrespondenten der Futtmacher hervor, wonach einer der ersten Führer des Streiks zu den Unternehmern ging und sagte: Die Streikenden sähen ihr Unrecht ein und wollten gern eine Sühne an die Armen-

tasse zahlen, wenn der Streik für beendet erklärt würde. Am meisten haben noch die Tischler erreicht, welche in den größeren Fabriken die errungene neunstündige Arbeitszeit bis heute aufrecht erhalten haben. Dieser Erfolg ist aber mehr ihrer Zugehörigkeit zum Holzarbeiterverbande zu verdanken. Die sämtlichen Vorgänge bewelsen also, daß alle Bewegungen verloren gehen mußten und stets verloren gehen werden, wenn die Vorbedingungen nicht vorhanden sind, um einen Kampf mit dem Unternehmertum mit Erfolg aufzunehmen, d. h. wenn die Arbeiter nicht genügend organisiert sind und ihnen auch die Wirtschaftsmittel fehlen. Dielem gegenüber steht nun der Verband der Deutschen Buchdrucker, welcher ohne Kampf bedeutende Erfolge errungen hat, wie auch im heutigen Letter des Vorwärts anerkannt und ausgeführt wird, daß das Klassenbewußtsein durch die Tarifgemeinschaft nicht geschmälert werde. Wenn die errungene Arbeitszeitverlängerung zunächst auch nur eine halbe Stunde pro Tag beträgt, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß diese Verlängerung 20—25000 Buchdrucker erreicht haben. Trotzdem steht Redner auf dem Standpunkte, daß die Unterbringung der überschüssigen Arbeitskräfte nur dann möglich sein wird, wenn erst der eignen Arbeitskraft eine Grenze und ein Ziel gesteckt ist. Als ein ebenso wichtiger Punkt wie die Arbeitszeitverlängerung sei die Beihilfenscala zu betrachten. Bekanntlich waren die Prinzipale nach unserm letzten großen Streik auf Anraten des Herrn Odenbourg befreit, durch Einstellung einer großen Zahl von Beihilfenden den Verband aufzureiben und zu zerrümmern. Diesem Unwesen ist nun durch die Festlegung der Beihilfenscala Einhalt geboten. Die Erringung des Minimallohnes bezeichnete Redner unter Hinweis auf die bezügliche Zeitungsnote und Verfügungen von Reichstagsabgeordneten, ja selbst Lassalles, ebenfalls als einen bedeutenden Erfolg. Im übrigen hält er es für keine Utopie, daß, wenn beide Teile den ernstlichen Willen haben, dieser Tarif allgemein eingeführt werden kann. Zu dem Zweck ist es aber notwendig, daß auch eine Tariforganisation geschaffen wird, und das ist in der Zukunft genommene Tarifsamt, welches überall dort in Aktion zu treten hat, wo der Tarif noch nicht anerkannt ist. Anders liegt es mit den zukünftigen Arbeitsnachweisen, welche, wie die Vorgänge in Leipzig bewelsen, geeignet sein könnten, den Kollegen Schwierigkeiten zu bereiten. Hier könnte unsere eigene Organisation ins Hintertreffen kommen und ist deshalb vorläufig noch eine abwartende Stellung zu empfehlen, zumal Berlin hierbei gar nicht in Betracht kommt, sondern nur solche Orte, in denen Arbeitsnachweise bisher nicht existierten. Zu begrüßen ist jedoch die Errichtung von Schlichtsgerichten, da die Gewerbegerichte die Streitigkeiten der einzelnen Berufe niemals mit der erforderlichen Sachkenntnis behandeln können wie die Angehörigen des betreffenden Berufes selber. Auch würden nicht Urteile zu stande kommen, wie das vor einigen Monaten gescheit, wonach die Maschinenmeister verpflichtet sind anzulegen, ebenso wie das in vergangener Woche ergangene, welches direkt mit § 134e Abs. II der G.O. in Widerspruch steht. Zur Verlängerung der Arbeitszeit im allgemeinen übergehend bemerkte Redner, daß, um diese zu erreichen, heute ins Auge gefaßt werden muß, daß wir nicht mehr nur Buchdrucker, Stein-druckereien usw. haben, sondern die Verschmelzung sämtlicher graphischer Gruppen in den größeren Betrieben vor sich geht. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß in Zukunft die Verlängerung der Arbeitszeit mit allen Arbeitern der graphischen Berufe gemeinsam angestrebt wird. Der Boden, auf dem dies zu geschehen hat, ist vorhanden, es werden deshalb die nächsten drei bis fünf Jahre dazu angewandt werden müssen, die Vorbedingungen zu dem angustrebenden graphischen Kartell zu schaffen. Nicht zu vergessen ist die stetig fortschreitende Verbesserung der Segmaschinen, die es den Prinzipalpalen schon heute ermöglicht, davon Gebrauch zu machen, ohne dieselbe anzuschaffen, indem sie einfach sich mit der Maschinenfabrik von Ludwig Böwe in Verbindung setzen und dort in kürzester Zeit so viel Pfund Say (die gegossenen Rollen werden nach Gewicht verkauft) erhalten als bestellt worden sind. Auch hier müssen wir darauf bedacht sein, daß sämtliche Arbeiter, welche an diesen Maschinen beschäftigt, auch organisiert sind. Dies ist die fortschreitende Entwicklung im Buchdruckgewerbe, welche alle graphischen Arbeiter nötigt, sich zu einem festen graphischen Kartell zu vereinigen, um die dann zu treffenden Vereinbarungen dauernd zu erhalten und uns vor einer schmachvollen Niederlage zu bewahren. Redner ist der festen Ueberzeugung, daß die Buchdrucker durch diese Bewegung Großes erreicht haben und wenn alle Arbeiter so handeln und sich auf beiden Seiten fortbewegen, kann das Klassenbewußtsein nie besser gewahrt werden. — In der nun folgenden Diskussion bedauerten zunächst einige Kollegen, daß für die Maschinenmeister nicht mehr herausgefunden sei, was dem Kollegen Adolf Lehmann Veranlassung gab, auf die Zwecke und Ziele des Berliner Maschinenmeistervereins hinzuweisen und die Drucker zum Beitritt in diesen Verein auszufordern. Die auch von anderer Seite noch zum Ausdruck gebrachte Unzufriedenheit gab dem Referenten Veranlassung, in seinem Schlußworte noch einmal kurz auf die Ursachen und die Vorgänge der letzten Generalversammlung einzugehen, er forderte zum Schluß auf, für die Einführung des neuen Tarifs zu wirken. Folgende Resolution wurde sodann gegen 2 Stimmen angenommen: „Die heutige allgemeine Buchdrucker-Versammlung erklärt

sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit nur durch ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeiter der graphischen Berufe." Auf verschiedene Anfragen gab der Vorsitzende folgendes Bild über die Charlottenburger Druckerhältnisse:

Druckerei	Gesellen		Verbandsmitglieder		Nichtverbandsmitglieder		Gesellen	
	über	unter	über	unter	über	unter	über	unter
Fenger & Helmann <sup>1</sup>	—	—	—	—	5	—	—	—
Gery	25	1	24	15	4	—	—	—
Goerke & Co.	2	4	—	—	2	—	—	—
Gutenberg	5	1	4	4	1	4	—	—
Krebs	11	11	—	2	11	—	—	—
Müsch	12	5	7	11	5	2	—	—
Weber	1	1	—	—	1	—	—	—

<sup>1</sup> Ein angelernter Arbeiter arbeitet als Maschinenmeister (18 Mr.). Prinzipale arbeiten als Setzer und sind Verbandsmitglieder. Trotzdem im April resp. Oktober die beiden tarifmäßigen Firmen Krebs und Goerke & Co. hinzulamen, sind die Verhältnisse hierorts immer noch wenig erfreulich. Während im Jahr 1894 bei 35 Gesellen 36 Lehrlinge gehalten wurden, zählen wir jetzt 56 Gesellen und 37 Lehrlinge. Jeder Prinzipal erklärt, daß er wegen der Konkurrenz der anderen sozial Lehrlinge halten müsse. Stark kritisiert wurde es, daß gerade in der Druckerei des Stadttrates Gery, welcher den Druck der sämtlichen behördlichen Arbeiten habe, die minimalste Bezahlung existiere, wie auch hier die meisten Lehrlinge ausgeübt werden. Auch beschwerten sich die Charlottenburger Kollegen, daß sie noch keinen Tarif zu Gesicht bekommen hätten. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung um 5 1/2 Uhr nachmittags geschlossen.

**\*\* Dortmund, 12. August.** Zu der am 10. August in Camen nachmittags 3 Uhr abgehaltenen Bezirksversammlung hatten sich die Kollegen des Bezirks aus Dortmund, Hörde, Unna, Hamm, Soest und Camen zahlreich eingefunden. Anwesend waren 62 Kollegen, 9 Durchreisende als Gäste eingerechnet. Der Bezirksvorsitzende, Kollege Sellmann, gab in seinen einleitenden Worten der Hoffnung Ausdruck, daß die Generalversammlung beschließen, wenn sie auch nicht die Zustimmung der gesamten Kollegschaft gefunden hätten, sich die heutige Versammlung ebenfalls anschließen werde. Das Referat über die Verhandlungen in Halle hatte Kollege Döller übernommen. Nach seiner Ansicht ist auf der Generalversammlung der Unterschied zwischen Tarifgemeinschaftlern und Tarifgemeinschaftsgegnern nicht allein sachlicher, sondern auch persönlicher Natur gewesen. Die Tarifgemeinschaft könne für Rheinland-Westfalen gar nicht in Betracht kommen, weil es uns an dem Partner, d. h. den Prinzipalen mangle, welche eine solche wünschen. Im übrigen betrachtet er den neuen Tarif als eine Verschlechterung, weil für unsere Provinz nicht das Geringste dabei herausgekommen sei. Auf Gask übergehend, betonte Redner, daß derselbe durch seine wilde Agitation den Verband wirklich schwer geschädigt, daß Döblin stets auf gewerkschaftlichem Boden gefunden und daß er jedergelt die Prinzipale des Verbandes nach allen Seiten vertreten habe; aus seinem persönlichen Verkehr einen Verrat der Sache zu wittern, sei wirklich nur Kombination gewesen. Durch seine Verteilung habe Gask gerade eine Reinwaschung an Döblin vorgenommen. Aus diesen Gründen habe keiner der Delegierten sich für Gask mehr erwärmen könnten. Zur Gründung des Graphischen Kartells bemerkte Redner, daß wir dasselbe nur mit Freunden begrüßen können und daß das Institut uns zum Segen gereichen möge. Des weitern fordert Redner auf, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen und die Einführung des Tarifs in geeigneter Weise vorzunehmen. Als Ergebnis einer längeren Debatte gelangte folgende vom Kollegen Wisfel eingereichte Resolution mit 29 gegen 15 Stimmen zur Annahme: „Die heute in Camen tagende gut besuchte Bezirksversammlung spricht dem Kollegen Döller nach Anhörung der Berichterstatterung über die außerordentliche Generalversammlung für seine Haltung ihren Dank aus, bedauert aber aufs entschiedenste die Beschlüsse seitens der Mehrheit, indem sie in denselben keine Gewährleistung zur Besserstellung unserer Lage sowie zur Stärkung unsers Verbandes erblicken kann. Des weitern verurteilt die Versammlung die einseitige Behandlung des Falles Gask-Döblin und hätte gewünscht, daß der ganze Vorstand seines Amtes enthoben worden wäre. Weiter er erklärt die Versammlung, die Beschlüsse für sich bindend anzusehen, jedoch jede Verantwortung derselben abzulehnen, und verpflichtet sich, auch im Bezirke Dortmund den neuen Tarif streng durchzuführen.“ — Dem Kassierer wurde für die gute Kassensführung Dcharge erteilt. Des weitern machte der Vorsitzende bekannt, daß das „Verbedichten“ der Mitglieder nicht mehr gefordert sei, daß also eine Unterprüfung nach § 2 auf diese Fälle nicht mehr zutrefte. Ferner wurde mitgeteilt, daß denjenigen verheirateten Mitgliedern, denen die Unterprüfung nach § 2 zusteht, die aber zum Bezuge des Gauvorsitzes noch nicht berechtigt sind, derselbe durch Gauvorsitzesbeschluss ebenfalls gewährt werde. Eine von den Kollegen Loy und Dreher zur Diskussion eingereichte Resolution, welche in dem durch Zirkular mitgeteilten Wünsche des Gauvorstandes, den in Köln aufgestellten zweiten Gesellen-Stellvertreter zum Tariffsau-

schusse zu wählen, damit derselbe Gelegenheit habe, mit dem Prinzipalvertreter in mündlichen Verkehr treten zu können, eine Bevormundung der Mitglieder seitens des Gauvorstandes erblickt, wurde mit 24 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Die nächste Versammlung findet in Hamm statt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung, welche bis gegen 8 Uhr währte.

**-r. Düsseldorf, 12. August.** Beruflorenen Sonntag fand in Uerdingen unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Immerhin wäre ein noch regerer Besuch dieser Versammlungen sowohl als auch der Monatsversammlungen seitens der Düsseldorfer Kollegen sehr zu wünschen, denn nicht mit Konsolidieren und Debattieren am Kästen resp. hinter der Maschine können die gereiften Verhältnisse unsers Bezirks gebessert werden, sondern nur durch Unterstützung der Bestrebungen des Vorstandes und der thätigsten Kollegen in erster Linie durch den Besuch der Versammlungen, welcher sicher ein regeres Vereinsinteresse in jedem einzelnen wach rufen wird und einen klaren Blick in die Verhältnisse gestattet. Kollege Sieberts-Düsseldorf eröffnete die Versammlung kurz nach 4 Uhr und ließ die erschienenen Kollegen herzlich willkommen. Aus dem Vorstandsbericht ist nichts Besonderes und Erfreuliches mitzuteilen. Die Mitgliederzahl betrug am Anfange des Quartals 152, stieg bis auf 186, um am Ende des Quartals auf 137 zurückzugehen. Ueberhaupt ist der Wechsel im hiesigen Bezirke, namentlich in der Stadt Düsseldorf, ein großer. Die Einnahme betrug 2031,95 Mr., die Ausgabe 773,78 Mr. Weber mußte der Kassierer wieder das leidige Restieren rügen, was eine kleine Debatte veranlaßte, aus welcher hervorzuheben ist, daß Krefeld sich jetzt bedeutend zum Bessern seigt. Außerdem konnte der Vorsitzende uns wieder einmal mit einem Zirkulare des Vorstandes des D. B. V. des Kreises II bekannt machen, in welchem dieser seine Freude ausdrückt, daß sich die Mitglieder den „Leipzig-Berliner Tarifabmachungen“ gegenüber ablehnend verhalten. Dann gibt das Zirkular bekannt, daß der Kreisvorstand beabsichtigt, „die Frage betr. freiwiliger Regelung der Lohnfrage für unsern Kreis nunmehr thätig in die Hand zu nehmen“; weiter: „daß die Interessenvertretung der Großdrucker in den großen Druckereizentren sich derartig in den Vordergrund dränge, daß die Interessen der in unserm Kreise so stark vorwiegenden mittleren und kleineren Druckereien dadurch Not leiden müssen.“ Eine Zeile tiefer heißt es dann, daß die allgemeine Prinzipalversammlung des Kreises II wegen der jetzigen Krise (Wahlzeit) bis zum Herbst verschoben sei. Diefem Zirkulare sind vier Fragen zur Beantwortung beigefügt, durch welche festgestellt werden soll, ob 1. die Aufforderung des Tarifamtes beantwortet, 2. die Anerkennung des Tarifs ausgesprochen oder derselbe abgelehnt werden soll, 3. ob man sich mit der Vertretung des Kreises II auf der Hauptversammlung des D. B. V. einverstanden erkläre und 4. welcher Lohn bezahlt werden soll. Hoffentlich wird der anständige Teil der rheinisch-westfälischen Prinzipale die Fragen in der Weise beantworten, daß er sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt und die legalen Abmachungen zwischen Prinzipalen und Gesellen, wie sie in dem jetzigen Tarife festgelegt sind, für sich bindend anerkennt, damit endlich einmal den rheinisch-westfälischen Tarifanarchisten und Hebern das Handwerk gelegt wird und dieselben sich nicht mehr als Vertreter der rheinisch-westfälischen Prinzipale in den von 10 bis 15 Personen (meistenteils immer dieselben) besuchten Sektionsversammlungen aufspielen können. Weber liegt auch hier wieder die Hauptschuld an den Gesellen selbst, welche nicht Corporeität genug besitzen, endlich einmal auch für sich anständige Bezahlung und — anständige Behandlung zu verlangen und, wenn möglich, zu erzwingen und einzelnen dieser jungen „Herren“ im Hause zu zeigen, daß sie Anspruch auf Gleichberechtigung mit den übrigen Kollegen Deutschlands haben. Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die außerordentliche Generalversammlung in Halle, hatte der Vorstand als Referenten den Gauvorsitzer Kollegen E. Müller in Aussicht genommen; dieser war aber am Erscheinen verhindert und an seiner Stelle Kollege Wettenwohrt erschienen. Dieser entledigte sich seiner Aufgabe in der an ihm bekannten prägnanten Art und Weise und erntete durch allseitigen Beifall den Dank der Versammlung. Er ging in seinem Referate von dem Ursprunge der Bewegung aus und beleuchtete alle Vorgänge bis auf die Gegenwart. Bezüglich der Tarifgemeinschaft sei er im Einverständnis mit der Mehrzahl der Generalversammlungsdelegierten: daß nämlich ohne Festlegung des Tarifs auf gewisse Zeit von den Prinzipalen nichts zu erreichen gewesen, die Zeitverhältnisse aber für einen Kampf nicht die günstigsten seien. Außerdem wären die angeführten Tarifbestimmungen auch nicht so ungünstig als sie hingestellt würden und hätten viel Gutes für die Gesellen, namentlich biete der Arbeitsnachweis bei richtiger Handhabung eine gute Gewähr für unparteiisches Handeln. Er ermahnte die Kollegen nur mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und sich alle mit der Einführung des Tarifs zu beschäftigen und vertraut zu machen, nicht aber durch Zwiespalt die Macht des Verbandes brechen, nur dann sei etwas Ersprießliches zu erwarten. In der Angelegenheit Döblin-Gask gab Redner das im Corr. schon oft erwähnte bekannt. Ueber diesen Bericht entspann sich eine lebhafteste Diskussion, an der sich acht Kollegen (drei sprachen im Sinne der Opposition) beteiligten. Da die Opposition erklärte, daß sie mit den gegebenen Verhältnissen rechte

und im Sinne des Referenten wirken würde, wurde von Annahme einer Resolution Abstand genommen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde M.-Gladbach resp. Rheinl. bestimmt. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung kurz nach 8 Uhr. Ein weiteres gemütliches Beisammensein schloßerte an den allzu schlechten Bahnverbindungen Uerdingens mit den übrigen Druckorten.

**-z. Duisburg, 12. August.** Die dritte diesjährige Bezirksversammlung fand am 9. August in Wesel statt und war von 60 Kollegen besucht. Der vorgetragene Kasfenbericht bilanciert in Einnahme und Ausgabe mit Mr. 2211. An den Gaukassierer wurden Mr. 1566 24 abgeliefert. Bewegungssatistik: Mitgliederstand Ende des 1. Quartals 1896: 139; neugetreten 5, wieder eingetreten 1, zugereist 35, abgereist 44, ausgetreten 1, ausgeschlossenen 2; Mitgliederstand Ende des 2. Quartals 1896: 133. — Herr Gauvorsitzer Müller-Essen erstattete in ausführlicher und sachlicher Weise Bericht über die Generalversammlung in Halle und erstuchte am Schlusse seiner Ausführungen die Versammlung, sich auf den Standpunkt der Generalversammlungsbeschlüsse zu stellen. In der sich anschließenden Diskussion wurden die beiden Zirkulare des Zentral- und Gauvorstandes sowie folgender Antrag Wesel zur Debatte gestellt: „Die Bezirks-Versammlung möge beschließen, den Zentralvorstand zu ersuchen, für die Einführung des neuen Tarifs in Rheinland-Westfalen auf friedlichem Weg unbedingt Sorge zu tragen, da trotz vorheriger energischer Opposition der Tarif auf der Generalversammlung mit großer Mehrheit durchgedrückt worden ist.“ Der Begründer des Weseler Antrages führte aus, daß, nachdem der Tarif zur Annahme gelangt sei, nunmehr auch die Tarifkommission sowie der Zentralvorstand mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf die rheinisch-westfälischen Prinzipale einwirken müßten, daß der Tarif auch in Rheinland-Westfalen zur Einführung gelange, denn wie die Verhältnisse in diesen beiden Provinzen liegen, wäre es schlechterdings unmöglich, daß ohne eine wirksame Hilfe die organisierte Gewerkschaft den Tarif zur allgemeinen Einführung bringen könnte. Fände nicht einmal dieser Tarif mit den minimalen Errungenschaften Gesellen vor den Augen unserer Prinzipale, so könne man sich behaupten, daß dieselben absolut keinen Frieden mit ihren Arbeitern haben wollten. Ob es aber praktisch wäre, für dieses „Unsergerecht“ auch nur eine Entzün auf das Spiel zu stellen, das sei eine andre Frage. Die längere zum Teil etwas erregte Debatte zitierte mehrere Resolutionen, welche teils abgelehnt, teils angenommen wurden. Betont wurde, daß, wenn unsere Prinzipale absolut den Krieg haben wollen, wir mit Gemütsruhe dem entgegensehen; aber es liege im Interesse beider Teile, daß die Prinzipale sich besinnen und auch in Rheinland-Westfalen dem Vorgehen ihrer Kollegen Albenlands sich anschließen und den Tarif zur Einführung bringen. — Gewünscht wird ferner, daß in Halle seitens des Zentralvorstandes eine nachhaltige Agitation in unserm Gau entfaltet werde bezugs Gewinnung neuer Streiter für unsere Sache. Die Agitation dürfe aber nicht allein auf die größeren Städte unsers Gaus beschränkt bleiben, sondern müsse auch in die kleineren Druckorte hineingetragen werden, denn gerade dort „hauften“ unsere Mitglieder. Bei unsern guten Kasfenstände dürfte es nicht auf einige hundert Mark, welche eine ausgedehnte Agitation kostet, ankommen, denn wo wäre unser Geld wohl besser angewandt als zur Aufklärung der uns noch fernstehenden Kollegen? Auch bedarf manches Mitglied des Verbandes noch der Belehrung und Aufklärung! — Der Antrag Wesel gelangte schließlich, nachdem sich die Versammlung ziemlich geteilt, mit geringer Mehrheit zur Annahme. — Die angenommenen Resolutionen wünschen, daß Kollege Döblin seine Privatklage gegen den Kollegen Gask zurücknimmt, falls dies noch nicht geschehen, daß die Herausgabe eines Oppositionsorgans im Interesse des Friedens im Verband unterbleibt, sowie daß baldigst die oben besprochene Agitation in Szene gesetzt werden möge. — Mit dem Beschlusse der Essener Bezirksversammlung, die nächste Versammlung mit dem diesseitigen Bezirke in Wülheim abzuhalten, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Ein kräftiges Hoch auf den Verband schloß die Versammlung.

**-r. Erfurt.** Die diesjährige Versammlung des Bezirks Erfurt tagte am vorangehenden Sonntag in Jena. Anwesend waren aus letztem Ort 8, aus Erfurt 18, aus Arnstadt 4, aus Br.-Rudolstadt, Sondershausen je 1 Mitglied. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht des Kassierers über die letzten drei Quartale. Der Kasfenbericht schloß ab ultimo zweites Quartal 1896 in Einnahme und Ausgabe mit 1634,23 Mr. Die Mitgliederzahl des Bezirks betrug am 1. April d. J. 86. Neu eingetreten sind in den folgenden Monaten 21, wieder eingetreten 1, zugereist 12, abgereist 15, ausgeschlossenen 3. Der Mitgliederstand betraf sich sonach am 1. Juli d. J. auf 120. Diese Kollegen konditionierten in 11 Druckorten. Arbeitslos waren im zweiten Quartale 13 Mitglieder 419 Tage, krank 8 Mitglieder 110 Tage. An den Bezirksbericht schloß sich ein Referat des Kollegen Müchels-Erfurt über die Beschlüsse und Verhandlungen der letzten Generalversammlung. Die Debatte über die mit lebhaftem Interesse aufgenommenen Ausführungen spielte in Annahme einer Resolution, welche gegen eine Tarifgemeinschaft nach wie vor protestiert, da nun aber eine solche geschaffen ist, strenge Durchführung des Tarifs fordert. Mit den Beschlüssen der Generalversammlung

bezüglich des ehemaligen Redakteurs Gsch ist man einverstanden, andererseits hätte man aber auch erwartet, daß die Opposition wegen der Stellungnahme Böblins zur Tariffrage die Abweisung desselben energisch fordern würde. Die Resolution gelangte mit 16 gegen 11 Stimmen zur Annahme. — Wie im Ortsverein Erfurt, so wurde auch auf der Bezirksversammlung montiert, daß unsere Generalversammlung belegen wenig sparsam mit der Vereinskasse umgehen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Lohn für veräumte Arbeitszeit voll ersetzt wird, daß viele konditionslose Kollegen mit 1 Mk. pro Tag auskommen müssen, hätte man den Diktensatz auf 8 Mk. pro Tag bemessen können. Auch die bedeutenden Ausgaben für Drucklegung des Protokolls konnten durch einen ausführlichen Bericht im Corr. vermieden werden. Michaelis-Erfurt bemerkte, daß er als Delegierter für einen niedrigeren Diktensatz eingetreten sei, leider aber erfolglos. — Es folgte nun der Situationsbericht über die örtlichen Verhältnisse der einzelnen Druckorte des Bezirks Erfurt. Der Bericht zeigte in seiner Gesamtheit, daß in puncto Tarif leider noch sehr viel zu wünschen übrig bleibt. Der Indifferentismus ist noch allwärts ein großer Gegner unserer Bestrebungen, bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Daher komme es, daß in Erfurt z. B. in der Buchdruckerei Ribbiam & Cöhne noch Löhne von 14 bis 22 Mk. existieren. — Die nächste Beratung galt der Gründung einer Kasse, welche durch einen Beitrag von 5 Pf. pro Woche den Mitgliedern behufs Besuchs der Bezirksversammlung einen Reisezulusch gewähren soll. Ein derartiger Antrag wurde mit 21 gegen 3 Stimmen angenommen. Diese Bezirkskasse soll mit dem 1. Oktober ins Leben treten. Im weiteren wurde beschlossen, die nächste Bezirksversammlung in Gießen abzuhalten. Bezüglich der Abhaltung eines Sautages wurde beschlossen, denselben im nächsten Jahre stattfinden zu lassen, sofern nicht ganz besondere Gründe einen früheren Termin erheischen. Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls wurde der Bezirksrat mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

r. Freiburg i. Br. Das am 8. August abgehaltene Stiftungsfest der Br. Fr. verlief in allen Teilen auf das Beste. Begrüßungstelegramme gingen ein von den Kollegen Nowad, Werner, Winter, sämtlich in Berlin, Söllmann - Altona, Feder-Lahr und Schor-Blarus, welche insgesamt stürmischen Applaus hervorriefen. Auch wurden zwei Begrüßungsschreiben beifällig aufgenommen. Nicht unerwähnt soll der äußerst originell ausgestattete Gläubnerschrauß der hiesigen Preis-Gesellschaft bleiben. Ein kleiner Ausflug am Sonntagnachmittag bildete den Schluß des zu aller Zufriedenheit abgelaufenen Festes.

Ve. Kassel. In der am 25. Juli nur mittelmäßig besuchten Versammlung erstattete der Delegierte H. Hartmann Bericht über die Generalversammlung, welcher beifällig aufgenommen wurde. Redner streifte die einzelnen Momente, die hervorgetreten, in übersichtlicher Weise und ersuchte zum Schluß, daß nunmehr, nachdem die obere Instanz gesprochen, wieder Friede und Einheit einkehren möge. Einige Redner erklärten in der nun folgenden Diskussion, daß sie nach wie vor Gegner der Tarifgemeinschaft seien. Von anderer Seite wurde getadelt, daß die Urabstimmung verworfen sei. Ferner wurde verlangt, daß der Tarif nun auch so bald wie möglich eingeführt werde. — Ueber das Vorgehen der einzelnen Personale am Ort und im Bezirke liegen folgende Ergebnisse vor: Die Firmen Gebr. Schneider, Baumann & Co., C. Rickart und Hof- und Waisenhau-Buchdruckerei lehnten ab. Stöhr will zum 1. Oktober sämtlichen Gehilfen (3) eine Lohnzulage gewähren, betr. Verkürzung der Arbeitszeit sich nach der Mehrzahl der Kasseler Firmen richten. Desgleichen in letzterer Belegung die Firma Landstedel. Die Firma L. Böhl verspricht die Einführung zum Herbst. Ebenso forderte die Firma Fr. Scheel (Koch, Förster) die Einführung zu. Die Gehilfen der Düten- usw. Fabrik Grünbaum wollen bis zum Herbst mit einer Anfrage warten, weil sie im Augenblicke den richtigen Zeitpunkt nicht für gekommen trachten. Die Kartonagenfabrik Faubel & Komp. lehnte bei dem jetzigen Geschäftsgange vorläufig ab; der Protokoll erklärte vor Eintritt einer Reise, bei seiner Zurückkunft die Entscheidung zu treffen. Die Düten- und Kartonagenfabrik Schleenstein & Holzappel begehrt ihre beiden Gehilfen über Tarif. Arbeitszeit 10 Stunden mit je 1/2 Stunde Frühstücks- und Vesperzeit. Der Chef erklärte, dies sei tarifmäßig. (Es sei bemerkt, daß solche Arbeitszeit hier in verschiedenen Kartonagenfabriken und Geschäften, so bei Wenderoth, Faubel & Co., Weber & Weidemeyer besteht.) Die Firma Weber & Weidemeyer lehnte für beide Geschäfte vorläufig ab. Von den Druckereien R. L. Zimmner, A. F. Hauver, Drubel & Co. (mit je einem Gehilfen) liegt ein Bericht noch nicht vor, ebenso nicht von der Firma G. Wenderoth (Attengeschäft), deren Leiter sich zur Zeit auf einer Baderreise befindet. Es erübrigt für Kassel noch, die Königl. Hofbuchdruckerei Gebr. Gottschalk zu erwähnen. Wie wir in Erfahrung brachten, wurde einer von dem Personale gewählten Kommission auf Anfrage der vorläufige Beschluß: Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit für sämtliches Personal, Ablehnung der Erhöhung des 2 Pf. Laufpreises für Zeitungsjäger, jedoch das Versprechen einer sünprozentigen Lohrerhöhung für Gehilfen- und Werkzeuge. Bewilligungen mit einigen Klauseln liegen von den Firmen W. Schlemming, Drems & Schönhoven, Siebert. Als vollständig

tarifmäßig gelten Beder & Rennert-Behelben und „Gutenbergs-Druckerei“. Kassel, jedoch konnte es sich die letztere Firma nicht versagen, ihren Gehilfen, welchen sie in 1891 die effektive adsteinhalbstündige Arbeitszeit gewährte, jetzt die effektive neunstündige Arbeitszeit bei einer Entschädigung von 1 Mk. pro Woche und Gehilfen auszufruchtieren. — Aus den Druckorten des Bezirkes: Weisungen (Chef verweist), Högelsmar, Herfeld, Fritzar und Bildungen verlaute noch nichts. Die Firma K. H. Bach-Schwabe erklärte, sich an den Tarif nicht halten zu können.

Aus dem Bezirk Oepeln. In Bezug auf den in Nr. 92 des Corr. unter obiger Spitzmarke veröffentlichten Artikel wird mancher Kollege sich in gewisser Beziehung mit der Meinung der Tarifgemeinschaft Appell nicht einverstanden erklären können. Daß „die Tarifgemeinschaft, von welcher die Hälfte der Mitglieder nichts wissen wollte, durch die Generalversammlung ihre Sanktionierung gefunden hat“, gibt obige Mitgliedschaft ohne weiteres zu, fragt dann aber: „Sollen wir dieses Brodens halber, mit welchem uns auf lange Zeit der Mund gestopft werden soll, zum Kampfe schreiten und dem Verein unnütze Opfer auferlegen?“ und beantwortet diese Frage mit dem Sage: „Wegen einer derartigen tarifrassischen Aufbesserung, welche jede andere Gewerkschaft mit Stolz zurückgewiesen haben würde, sind wir nicht geneigt, große Opfer zu bringen“ und zum Schluß: „Unsre Parole heißt demnach nach wie vor: Gegen die Tarifgemeinschaft!“ — Mancher Kollege wird sich beim Lesen des angeschnittenen Artikels gefragt haben: Wo bleibt denn da die so viel gerühmte Verbandsdisziplin? Kollegen! „Die Tarifgemeinschaft hat durch die Generalversammlung ihre Sanktionierung gefunden!“ Diese Tatsache steht für jedes Verbandsmitglied bombensicher. Sind es auch nur Broden, die uns zugefallen sind, so haben wir nichtsdestoweniger die Pflicht, dieselben aufzuheben und uns zu Gemüte zu führen. Von Opfern kann doch kaum die Rede sein und wenn doch, dann sind es niemals unnütze Opfer. Also lasse man das Schmolzen, arbeite mit Hand in Hand an dem Weiterbau unsers Verbandes, wenn es uns als Gegner der Tarifgemeinschaft auch noch so schwer fällt. Mitteln und Mitteln wir nicht an der Thatfache, daß die Tarifgemeinschaft durch die Generalversammlung sanktioniert worden ist, sondern sehen wir diese Tatsache als Gesetz an, alles andere vergebend oder für die Zukunft aufhebend. Beherzigen wir speziell die letzten Zeilen des nach der Brieger Bezirksversammlung gelangenen und von einem Kollegen dem Ortsvereine Reisse gewidmeten Trug- und Schlußwortes auf den Verband: „Wir aber reichen uns die Hand — Und rufen's frei und laut: — Wohl dem, der hat auf den Verband — Und nicht auf Sand gebaut!“ — In diesem Sinne beschäftigte sich die am 31. Juli in Reisse einberufene Ortsvereinsversammlung und beschloß, am 1. August den neuen Tarif den Herren Prinzipalen zur Anerkennung vorzulegen. Die Firma Vogel nahm den Tarif an mit der Bedingung, daß die Bezahlung zehn Stunden weiter arbeiten sollen. Der Firma Vär fehlt noch das Einverständnis des Verlegers der Reisser Hg., welcher Herr verweist ist. Die Firma Sponer hat den Tarif ebenfalls anerkannt. — Was die Firma Negwer betrifft, so kann sich dieser Herr Prinzipal mit seinen drei Bezahlungen noch nicht „anerkannt ausdrücken“. Jedemfalls hat Herr Negwer den neuen Tarif erhalten und wird nun wissen, daß zu diesen drei Bezahlungen 8 bis 12 Gehilfen gehören. Die Bezahlung erhalten 3 Mk. wöchentlich, d. h. wenn sie dieselben fordern; wagen sie dies aber, so wird ihnen mit dem „Sack“ gedroht, genau wie den Gehilfen in verschiedenen Druckereien. „Wenn es Euch nicht paßt, so könnt Ihr gehen; es gibt genug Jungen, die Buchdrucker werden wollen“, ist die häßliche Redensart. Zu Weisungen gib's aber ein Geschenk von 3 Mark! Der älteste Stiff, vielleicht etwas über zwei Jahre in der Lehre, ist zu gleicher Zeit Geschäftsführer, Faktor, Maschinenmeister, Seher, Radbrecher z. D. Charakterisierend für Herrn Negwer ist die Antwort, welche er einem durchreisenden Kollegen beim Blättern in barischem Tone gab: „Ich beschäftige nur Lehrlinge!“ Jedemfalls begreift Herr Negwer nicht, daß seine „Stifte“ einmal „Gehilfen“ werden sollen.

h. Stettin, 12. August. (Verspätet.) Die am 26. Juli abgehaltene Versammlung des Vereins Stettiner Buchdrucker, in welcher die Generalversammlungsbelegierten Kollegen Nathusius und Buchholz referierten, erklärte sich mit den Beischlüssen der außerordentlichen Generalversammlung einverstanden und verpflichtete sich voll und ganz für die Durchführung des neuen Tarifs einzutreten. — Eine im Fragekasten enthaltene Frage zehnte den Beschluß, nunmehr alle zum Verbandsrat sich meldenden Kollegen ausnahmslos im Corr. zu veröffentlichen (was bisher nur selten geschah). — Das im vergangenen Monat durch Wogenpartie nach Siebenbrunn abgehaltene Johannistfest verlief unter sehr starker Beteiligung zur Zufriedenheit der Teilnehmer. Die Gesangsabteilung des Ortsvereins nahm dabei Gelegenheit, durch Vortrag einiger wohlgeklungenen Lieder eine Probe von ihrem Können abzugeben.

P. Zwickau. Am 8. August fand hier selbst im Vereinslokale Weidene eine Verbandsmitgliederversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Nach Verlesung des Kassensberichtes vom letzten Quartale berichtete der Vertrauensmann Kollege Jrmsher über den frewilligen Austritt von vier Mitgliedern im hiesigen Tageblatt.

In dieser Druckerei sind bereits im Mai dieses Jahres vier Kollegen wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen worden. Eine damals von den hiesigen Mitgliedern ernannte Kommission wurde daraufhin bei Herrn Kaufsch, dem Besitzer obigen Blattes, vorstellig und erzielte ein einigermaßen befriedigendes Resultat insofern, als Herr Kaufsch nach längerem Verhandeln durch Handschlag versprach, weitere beabsichtigte Kündigungen wegen der Verbandsmitgliedschaft nicht vorzunehmen, wie auch fernherhin aus diesem Grunde niemand zu entlassen. Vorige Woche hat jedoch Herr Kaufsch das gegebene Wort gebrochen, indem er vier seiner älteren, bei ihm 7 bis 20 Jahre beschäftigten Gehilfen vor die Alternative stellte: entweder aus dem Verbands zu treten oder sich andere Stellung zu suchen. Kollege Jrmsher gab bekannt, daß er diesen Fall den Herren Wigenstein und Giesede übergeben, da ja bekanntlich Herr Kamm bei den Tarifverhandlungen die Erklärung abgegeben habe: „Daß den Prinzipalen das Koalitionsrecht der Arbeiter so heilig sei wie die Religion.“ Er habe daraufhin von Herrn Giesede die Mitteilung bekommen, „daß sowohl von Seiten des Herrn Wigenstein wie auch des Herrn Vär-Beipzig Herr Kaufsch interveniert worden sei. Weiteres könne von ihrer Seite nicht gethan werden, denn es fehle ihnen noch jede Direktive, was mit derartig rentlenen Prinzipalen anzufangen sei.“ Das Resultat dieser Intervention ist jedoch gewesen, daß diese vier Kollegen am Montag ihren Austritt erklärten, trotzdem sie noch am Sonntag nachmittag das Gegenteil fest versprochen hatten. Nach kurzer Debatte sprach sich die Versammlung dafür aus, daß dem Besitzer des Tagesblattes mit seinem großen Kreise von Lesern unter der Arbeiterbevölkerung einmal vor der breiten Öffentlichkeit ganz energisch klar gemacht werden solle, daß das Koalitionsrecht auch für seine Arbeiter besteht. — Hierauf kam man zu dem Punkt „Einführung des neuen Tarifes“ und Kollege Jrmsher berichtete, daß den neuen Tarif außer den Druckereien H. Schmidt und Tärke & Co., welche bereits früher bessere Verhältnisse bez. Arbeitszeit und Lohn hatten als sie der neue Tarif fordert, bis jetzt bewilligten: Förster & Worries, Reuße Nachrichten und Öbring; bei Eichhorn ist es noch fraglich, während alle anderen nicht bewilligten. — In die für die Städte Werba, Krimmitschau und Zwickau beschlossene gemeinsame Tarifkommission wurden die Kollegen Jrmsher und Casper gewählt und sodann beschlossen, für hier noch eine dreigliedrige Subkommission zu errichten, welche sich nach vollzogener Wahl aus den Kollegen Krasser, Pöser und Stöcher zusammensetzt. — Nach längerer, sehr lebhafter Debatte wurden alsdann die in der Leipziger Versammlung vom 3. August nominierten Protektandidaten für die Gehilfenvertreterwahl, die Kollegen Gsch, Krefzin und Simbrmann, auch von der hiesigen Versammlung gegen eine Stimme nominiert. — Eine ebenfalls recht lebhafte Debatte entspann sich bei dem nun folgenden Punkte der Tagesordnung, das neue Blatt der Opposition betr. Von verschiedenen Rednern wurde die fast tendenziöse Schreibweise sowie das nochdenkende Verhangeln der ausgebrochenen Tarifkonflikte durch den Corr. auf das schärfste verurteilt und in Anbetracht der geradezu unverbildeten Kost im Corr. die Gründung eines Oppositionsblattes mit Freunden begrüßt. Gegen vier Stimmen wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung, die gegenwärtige unschlüssige Haltung des Corr. bewauernd, begrüßt aufs wärmste die Gründung eines unabhängigen Organs innerhalb des Verbandes und verspricht kräftig für dasselbe durch Abonnements einzutreten.“ — Nachdem Kollege Jrmsher noch betont, daß die Vertreter der Opposition keine Zerplitterung, sondern nur das Beste unrer Organisation wollen, schloß er gegen 1 Uhr die Versammlung. (Den Vorwurf der „tendenziösen Schreibweise“ und „unschlüssiger Haltung“ weisen wir energisch zurück. Wir haben in Rücksicht auf unser Interimsstitutum jedem Kollegen das Wort gegeben, selbst aber, wenige tatsächliche Berichtigungen ausgenommen, darauf verzichtet, die „Freiheit“ also im weitesten Maße gewährleistet. Daß die „Gründung eines unabhängigen“ Organs innerhalb des Verbandes“ von Verbandsmitgliedern zu bezeichnen statt zu unterstützen ist, das werden sich die Zwickauer Kollegen wohl in-zwischen nach eingehender Erwägung der Sachlage selbst gesagt haben. Red.)

Düsseldorf, 7. August. In Nr. 89 des Corr. befindet sich eine Notiz aus Düsseldorf, welche sich mit den Verhältnissen in der Druckerei der Düsseldorfer Zeitung beschäftigt. Da diese Notiz von Unrichtigkeiten und tendenziösen Entstellungen förmlich strotzt, so sehen wir uns veranlaßt, folgendes zur Richtigstellung zu erklären: 1. Es ist unwahr, daß die in der Zeitung beschäftigten Seher „mit Zulufnahme einiger Ueberstunden“ einen Wochenverdienst von 33 bis 36 Mk. sich erlangen; erstens wurden in der Zeitung seit mehreren Jahren keine Ueberstunden gemacht und zweitens kann dieser Satz nur in vereinzelten Fällen zutreffen. 2. Es ist unwahr, daß dem Prinzipale von vier Kollegen der Vorschlag behufs Einführung der 33 Pf.-Berechnung gemacht wurde; die betreffende Verhandlung fand mit dem Prinzipale bei Anwesenheit des gesamten Zeitungspersonales in der Zeitungsjägerstube statt und zog das gesamte Personal der Zeitung es vor, statt der Einführung des gewissen Geldes zu 33 Pf. zu berechnen. 3. Es ist unwahr, daß ver-

Fortsetzung in der Beilage.